

## **Stellungnahme der SchaLL.NRW zum**

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) / Personaletat**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/3300

sowie

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019) / Personaletat**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/3303

sowie

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018) / Personaletat**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 17/3400

## **Anhörung des Unterausschusses Personal zum Personaletat 2019 am 09.10.2018**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende des Ausschusses Personal,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Landtags,  
sehr geehrte Damen und Herren!

SchaLL.NRW, die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen, bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Haushaltsgesetz 2019.

**Die Bildungslage in NRW ist katastrophal.** 54 Jahre nach Georg Pichts Warnung vor der deutschen „Bildungskatastrophe“ ist die Lage zurzeit ebenso dramatisch. Der Lehrkräftemangel und der Unterrichtsausfall sind besorgniserregend:

Es fehlen bereits offiziell mindestens 4.000 Lehrkräfte - auch ohne Abgleich von Stundentafel und Stundenplan. Der Unterrichtsausfall beträgt 10 Prozent der Stunden und mehr, Tendenz steigend. Außerdem gibt es marode Schulen, hohe Krankenstände, schlechte Voraussetzungen für Inklusion, überlastete Kolleginnen und Kollegen am Ende ihrer Kräfte - und zu allem Übel: eine bzw. einer von acht Schülerinnen und Schülern, die/der ohne Schulabschluss die Schule verlässt.

All dies steht in einem irritierenden Kontrast zu den Visionen der Landesregierung für die Optimierung der Bildung in NRW: Im Koalitionsvertrag ist als Ziel formuliert, „beste Bedingungen für die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.“

Ministerpräsident Armin Laschet hat am 13. September 2017 in seiner Regierungserklärung die zentralen Themen und Maßnahmen der Landesregierung für die laufende Legislaturperiode vorgestellt und stellt zum Thema Bildung fest: „Unsere Aufgabe ist es, jedem Menschen alle Chancen zu ermöglichen. Aufstieg durch Bildung muss für jede und jeden möglich werden, unabhängig von der Herkunft der Eltern.“

NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart spricht gar von dem Anspruch, „Nordrhein-Westfalen zum besten Bildungsland der Welt zu machen (NRZ vom 13.07.2018).“

**SchALL.NRW fordert:** Wer weltbeste Bildung will, muss dafür weltbeste Finanzierung beschließen.

**Der Haushaltsplan 2019 braucht hier eine radikale Nachbesserung.** Tatsache ist, dass bei jährlichen Bildungsausgaben von 6.000 Euro pro Schüler das Land Nordrhein-Westfalen sich auf Platz 16 von 16 Bundesländern befindet. Hinzu kommt: Der Wirtschaft fehlen schon jetzt die Fachkräfte. Das bedeutet bereits heute einen Standortnachteil für die Wirtschaft in NRW.

Gleichzeitig ist das duale Bildungssystem, für das Deutschland in aller Welt Vorbild ist, gefährdet, wenn die Wirtschaft erfolgreich potentielle Fachlehrerinnen und Fachlehrer abwirbt. 50% der Lehramtsstudierenden in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern wechseln in die Wirtschaft, wie das Beispiel der Universität Frankfurt zeigt (vgl. FAZ am 21.07.2018). Diese Fachlehrerinnen und Fachlehrer fehlen in der dualen Bildung. Die Fachlehrerinnen und Fachlehrer der geburtenstarken Jahrgänge gehen sukzessive in Pension bzw. Rente. Gleichzeitig gibt es wieder mehr Kinder, die bald in die Schule kommen. Diese Lücken können (vor allem im Bereich der Grundschule) schon jetzt nicht mehr geschlossen werden.

Die Fachkräfteausbildung an Berufskollegs benötigt für die duale Bildung u.a. Ingenieure als Fachlehrer. Ingenieure verdienen aktuell 70.000 - 90.000 Euro brutto in der freien Wirtschaft. Es ist unwahrscheinlich, dass sie als Fachlehrkräfte bei der derzeitigen Bezahlung der Fachlehrer\*innen für die duale Ausbildung gewonnen werden können. Denn welcher qualifizierte Ingenieur wird sich an einem Berufskolleg trotz der Einkommenseinbußen bewerben, die ihn als Quereinsteiger oder Seiteneinsteiger - insbesondere im Status eines angestellten Lehrers - erwarten? Das von uns am 22.06.2018 auf der Landespressekonferenz im Landtag vorgestellte Gutachten der SchALL.NRW (vgl. [www.schall.nrw](http://www.schall.nrw) und Anlage) nennt die folgende finanzielle Benachteiligung der 40.000 angestellten Lehrerinnen und Lehrer: Die Unterschiede können sich im Vergleich zu den verbeamteten Lehrkräften auf bis zu 275.00 Euro netto zuungunsten der angestellten Lehrkräfte summieren. Allerdings dürfte die Einkommensdifferenz in vielen Fällen in Wirklichkeit noch wesentlich höher ausfallen.

**Wie, so stellt sich nun die Frage, will man den Beruf des Lehrers attraktiv machen für Studienanfänger und Quer- und Seiteneinsteiger mit Berufs- und Lebenserfahrung?**

**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: EG 15 bzw. A 13!**

**Die Einkommensgleichstellung zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften muss jetzt per Gesetz beschlossen werden. Das gilt auch für die Einkommensgleichstellung zwischen den Schulformen.** Denn wer möchte auf Dauer deutlich weniger verdienen, wenn er oder sie sich für einen Lehramtsstudiengang für das Lehramt an Grundschulen entscheiden sollte. Welche angestellte Grundschullehrerin ist denn bereit, Schulleiterin zu werden, angesichts dieser Einkommensunterschiede? Kaum ein Schulleitungsposten ist von einer angestellten Lehrkraft besetzt, viele Funktionsstellen bleiben an den Grundschulen gänzlich unbesetzt. Dass uns die besten angestellten Lehrkräfte für Schulleitungs- oder weitere Beförderungstellen nur vereinzelt zur Verfügung stehen, ist naheliegend. Auch diese Ressourcenverschwendung können wir uns nicht mehr leisten.

Gleichzeitig sind 40% der Hauptschülerinnen und Hauptschüler auch sechs Monate nach Verlassen der Schule nicht in Ausbildung. Ein Viertel eines Jahrgangs gilt als nicht ausbildungsfähig, ein Achtel eines Jahrgangs ist ohne Schulabschluss. Schulgebäude stehen flächendeckend im Sanierungsstau. Zu große Schulklassen, zu viele Unterrichtsstunden, die ausfallen, zu hohe Unterrichtsdeputate. Integration und Inklusion können bei dem aktuellen Personalschlüssel nicht realisiert werden. Ein weiteres Problem ist der Konkurrenzkampf zwischen den Bundesländern sowie der unsägliche Konkurrenzkampf zwischen den Schulformen um unsere Lehrkräfte. Die Attraktivität des Lehrberufs wird nur durch eine attraktive Einkommensgleichstellung zwischen allen alten und neuen angestellten und verbeamteten Kolleginnen und Kollegen sowie zwischen den Schulformen zu erreichen sein. **Das heißt konkret:** Alle alten und neuen angestellten Lehrkräfte aller Schulformen werden im Eingangsamt mit EG 15 vergütet und alle verbeamteten alten und neuen Lehrkräfte aller Schulformen werden im Eingangsamt mit A13 besoldet.

**Weltbeste Bildung und Chancengerechtigkeit brauchen weltbeste Finanzierung.**

Selbstverständlich ist das Bildungssystem nicht nur mit Geld zu retten, aber auch nicht ohne. Nur 60 Talentschulen sind hier ein Tropfen auf den heißen Stein. Man schickt auch noch diejenigen, denen das Wasser bis zum Halse steht, in einen unfairen Wettbewerb, der zusätzliche Kraft kostet. Es braucht keine Projekte, die neue Erkenntnisse generieren. Die Erkenntnisse liegen vor, sie müssen umgesetzt werden. Die rund 1.000 Brennpunktschulen in NRW brauchen schnellstmöglich die beste Versorgung – deutlich mehr Lehrkräfte, mit deutlich reduzierten Unterrichtsdeputaten und mit deutlich kleineren Klassen.

Für die Schweiz hat der Ökonom Ernst Fehr folgendes berechnet: Gelänge es, jene 13 Prozent der Schweizer Schülerinnen und Schüler, die den PISA-Test mit "ungenügend" abgeschnitten haben, zu verbessern, brächte dies in den nächsten 80 Jahren für die Schweiz

einen Wohlfahrtsgewinn von 1.000 Milliarden Franken. Wer in der Bildung Erfolg hat, ist später seltener arbeitslos, seltener krank, seltener kriminell – das ist für die Betroffenen und für die Gesellschaft ein Gewinn und würde übrigens nicht zuletzt auch die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst der Polizei und der Justiz entlasten. Die Investition in die Bildung sei sogar rentabler als die Investition in den Kapitalmarkt, so das Fazit der Studie.

**Es ist Zeit, in die Finanzierungsoffensive zu gehen.** Der im Landeshaushalt ausgewiesene Posten ist nicht ausreichend. Er muss radikal erhöht werden. Letztlich zahlt sich diese Investition aus.

**Ein Sofortprogramm per Gesetz ist möglich und dringend erforderlich.**

- 1. Mindestens 12.000 Euro pro Jahr pro Schüler müssen dauerhaft bereitgestellt werden**
- 2. Einkommensgleichstellung per Gesetz zwischen allen alten und neuen Lehrkräften, angestellten und verbeamteten, in allen Schulformen, das heißt EG 15/A13 für alle.**
- 3. Alle befristeten Lehrkräfte sollten sofort entfristet werden.**
- 4. Kleinere Klassen und geringere Unterrichtsdeputate müssen in allen Schultypen realisiert werden.**
- 5. Alle Quer- und Seiteneinsteiger bekommen eine pädagogische und didaktische Vorbereitung und Begleitung.**
- 6. Die Lehrerstellen werden an den Brennpunktschulen um 100 Prozent erhöht.**  
Hierzu können alle 16.000 jungen Lehrkräfte, die sich für die Sekundarstufe II an Gymnasien und Gesamtschulen vergeblich beworben haben, sofort mit der Einkommensgleichstellung für andere Schulformen angeworben werden.

Schüler, Eltern und Lehrkräfte und alle Bürgerinnen und Bürger in NRW warten darauf, dass die Bildungskatastrophe 2.0 abgewendet wird. Dass wir dies können, zeigt die Tatsache, dass zwischen Georg Pichts Warnung vor der „deutschen Bildungskatastrophe“ im Jahr 1964 und der Eröffnung der Gesamthochschule der Universität Essen im Jahre 1972 nur acht Jahre lagen. Heute besitzt das Ruhrgebiet die dichteste Hochschullandschaft Europas. Konterkariert wird dieser Erfolg durch den Zustand an den Schulen, erst recht an den Schulen in den sogenannten „Relegationszonen“ (Peter Strohmeier), oft in unmittelbarer Umgebung dieser Hochschulen.

Beste Bildung braucht beste Finanzierung. Beste Bildung wird ohne beste Finanzierung nicht zu haben sein. Für eine finanzielle Bildungsoffensive heißt das:

**Mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes müssen in (die schulische) Bildung dauerhaft investiert werden – und zwar sofort.**

Es brennt an unseren Schulen in NRW lichterloh. Es ist dringend Zeit für eine radikale Bildungsoffensive.

Ennepetal, den 04.10.2018

Für den Landesvorstand der SchaLL.NRW:

Stefan Nierfeld

**Anlage:**

Gutachten im Auftrag der SchaLL.NRW:

**Einkommensunterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften in NRW**

(Dr. Michael Popp)